

## **Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder, Jugend und Familie**

### **Positionspapier**

#### **Für gesellschaftliche Solidarität**

#### **Für transparente und zielgenaue Entlastungen von Familien in der Krise**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder, Jugend und Familie von Bündnis 90/Die Grünen will mit diesem Papier die grünen Positionen in der Bundesregierung, die auf sozialen Ausgleich und ökologische Gestaltung der Entlastungsmaßnahmen für Familien setzen, stärken. Die Bundesarbeitsgemeinschaft möchte dafür werben, dass diejenigen Familien, die die derzeitigen Krisen aus eigener Kraft nicht bewältigen können, noch zielgenauer als bisher unterstützt werden.

Es geht aber auch darum, dass die gesamte Partei offensiver als bisher für einen solidarischen Umgang der Gesellschaft mit den derzeitigen Krisen wirbt.

#### **Angespannte Situation durch Energiebeschaffungskrise und Inflation**

In der gegenwärtigen Krisensituation verschlechtert sich die finanzielle Situation von Familien in der Bundesrepublik dramatisch. Insbesondere betroffen sind davon Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen, aber auch Rentner:innen (die zu einem nicht geringen Anteil in Familien leben), Bezieher:innen von Transferleistungen, die kein oder nur ein sehr geringes Einkommen erwirtschaften können und jugendliche Arbeitssuchende.

#### **Die BAG Kinder, Jugend und Familie setzt sich dafür ein, dass Bündnis 90/Die Grünen offensiv für gesellschaftliche Solidarität werben.**

Die Anstrengungen der Ampelkoalition, angesichts steigender Energiepreiskosten und stark gestiegener Inflationsrate für Entlastung und sozialen Ausgleich zu sorgen, sind an vielen Punkten deutlich erkennbar. Pauschalkritik, wie sie teils von der Opposition kommt – stets mit dem Duktus, die Entlastung müsse viel früher, viel entschiedener usw. usf. ausfallen –, weisen wir als BAG Kinder, Jugend und Familie als opportunistische Anbiederung zurück.

In der aktuellen Zeit, die vor allem von der Corona-Pandemie, vom Krieg in der Ukraine und von der Klimakrise geprägt ist, müssen aus unserer Sicht jedoch nicht nur Bund, Länder und Kommunen, sondern die gesamte Gesellschaft, und hier proportional vor allem Menschen mit höheren Einkommen, einen Teil des Risikos und der Belastungen mittragen. Ein großer Teil der Gesellschaft hat im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen beispielsweise aus Syrien und Afghanistan und aktuell aus der Ukraine gezeigt, wie hoch die Bereitschaft zur Solidarität ist.

Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein wichtiges Momentum der Krisenbewältigung. Für Solidarität mit ALLEN Familien, Kindern und jungen Menschen, die die finanziellen Belastungen der aktuellen Krisen nicht aus eigener Kraft bewältigen können, muss deshalb mehr geworben werden.

Wir halten es für problematisch, die Vorstellung aufrecht zu erhalten, dass der Staat, dass Politik jegliche Belastungen bei allen Bevölkerungsgruppen ausgleichen könnte und sollte. Wir wenden uns dagegen, Erwartungen zu schüren, der Staat könne und müsse jegliche Belastungen, die aus Krisen erwachsen, auch für diejenigen Bevölkerungsgruppen ausgleichen, die diese ohne große Einbußen in ihrem Alltagsleben selbst bewältigen können.

Staatliche Entlastungen sollen den Fokus dort setzen, wo Familien durch die Preisentwicklung Einbußen beim Wohnen, bei der Ernährung und der Gesundheit sowie bei der gesellschaftlichen Teilhabe hinnehmen müssen. Familien mit hohem Einkommen und Vermögensrücklagen sind dagegen auch ohne staatliche Entlastung in der Lage, die Energiepreissteigerungen und Inflationsfolgen zu tragen, auch wenn dadurch ihre finanziellen Spielräume geschmälert werden. Selbstverständlich muss dabei danach differenziert werden, wie viele Personen von einem Einkommen finanziert werden, etwa Kinder, aber auch Angehörige, die zu Hause gepflegt werden und die nicht für die vollen Kosten der Unterbringung und Pflege aufkommen (können).

Auch von der Opposition fordern wir Bereitschaft zur Solidarität ein. Es ist unerträglich, wenn Erwerbstätige gegen Familien, die in eine Krise geraten sind, ausgespielt werden, wie es in der Debatte um das Bürgergeld von Seiten der CDU/CSU geschehen ist. Wir wenden uns auch gegen eine Haltung, die finanzielle Verantwortungsübernahme begüterter Teile der Gesellschaft ablehnt, insbesondere auch von Konzernen, die von den Krisen profitieren, wie es beim Koalitionspartner FDP der Fall ist.

**Wir setzen uns dafür ein, dass Bündnis 90/Die Grünen offensiv darauf hinwirken, dass bei denjenigen, die die Belastungen aus eigener Kraft abfedern können, offensiver als bisher für gesellschaftliche Solidarität mit denjenigen geworben wird, die es nicht können!**

Die BAG Kinder, Jugend und Familie spricht sich zugleich für **Transparenz bei den Entlastungsmaßnahmen** aus.

Wir sehen es als Problem, dass die bisherigen Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung in ihrer Vielfalt und unterschiedlichen Konstruktion, ihren Wirkungen und ihrer sozialen und ökologischen Zielgenauigkeit selbst für Expert:innen kaum zu überblicken sind. Transparenz fehlt bislang an zu vielen Stellen.

Wir haben Verständnis dafür, dass es in der unmittelbaren Krisensituation, bei notwendigen Auseinandersetzungen in der Koalition und unter hohem Handlungsdruck schwierig ist, dafür zu sorgen, dass die vielfältigen Beschlüsse und Maßnahmen in ihrem Zusammenspiel verständlich und durchschaubar sind. Das ist jedoch zentral für die Bereitschaft zur Solidarität und den Zusammenhalt in der Bevölkerung.

**Die BAG drängt daher darauf, dass die Grünen in der Koalition so schnell wie möglich und öffentlichkeitswirksam Transparenz schaffen, die eine fundierte Debatte über Zielgenauigkeit der Entlastungen für Familien und Kinder erst möglich macht.**

**Zielgenauer werden!**

Trotz erheblicher Anstrengungen gerade der Grünen in der Regierung gibt es Anzeichen dafür, dass die Zielgenauigkeit der Entlastungen noch erhöht werden muss.

Deshalb spricht sich die BAG dafür aus,

- dass die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe zukünftig in den Regelsätzen für Kinder und Jugendliche automatisch berücksichtigt werden,

- die Kindergrundsicherung, an der bereits gearbeitet wird, so auszugestalten, dass eine höhere Entlastung für Bezieher:innen niedriger Einkommen entsteht als für Bezieher:innen hoher Einkommen,
- dass alle Leistungen für Familien mit geringem Einkommen automatisch ausgezahlt werden oder – wo das noch nicht möglich ist – die Familien offensiv über ihre Ansprüche beraten werden,
- dass bei staatlichen Maßnahmen, wie bei der Gaspreis- und Strompreisbremse eine Obergrenze für den Pro-Kopf-Verbrauch eingezogen wird. Diese Obergrenze muss zum einen hoch genug sein, um zu berücksichtigen, dass Mieter:innen in schlecht isolierten Wohnungen möglicherweise wenig Spielraum zur Regulierung ihrer Verbrauchsmenge haben; zum anderen soll eine Obergrenze verhindern, dass das Beheizen sehr hoher Quadratmeterzahlen durch einzelne Personen, die in großen Häusern oder Wohnungen leben, staatlich subventioniert wird.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass eine zielgenaue Unterstützung für Familien und junge Menschen nicht nur durch materielle Entlastung erreicht wird, sondern auch eine Infrastruktur notwendig ist, die für Eltern und Kinder zuverlässig zur Verfügung steht. Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss Aktivität, Beteiligung und Selbstorganisation möglich sein. Gerade für einkommensschwache Familien und Familien in benachteiligten Lebenslagen ist die Infrastruktur im Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitbereich sowie bei den erzieherischen Hilfen, aber auch im Gesundheitsbereich wichtig und nimmt einen zentralen Stellenwert für die Entwicklungschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein.

Nur mit finanziellen Transferleistungen für einkommensschwache Familien und einer gesicherten armutssensiblen Infrastruktur für ein gutes und gesundes Aufwachsen von Kindern in Deutschland werden wir den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention gerecht, insbesondere der darin normierten Vorrangstellung des Kindeswohls bei allen staatlichen Maßnahmen und Entscheidungen.

**Die BAG weist daher darauf hin, dass Erhaltung und Weiterentwicklung der Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Hilfen zur Erziehung auch in der öffentlichen Diskussion dasselbe Gewicht haben müssen wie die finanzielle Entlastung von Familien.**

Notwendig hierfür ist auch, dass die Fachkräfte in den Sozial- und Erziehungsberufen gut qualifiziert und bezahlt werden, auch um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Positionspapier der BAG Kinder, Jugend und Familie, Bündnis 90/Die Grünen: „Qualität- und Fachkräftesicherung für die Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege (beschlossen am 12. März 2022 in Berlin)